Beschluss

Leitantrag - Zeitenwende - Was Thüringen jetzt tun muss

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 22.05.2022
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

- 1 Wir leben in einer Zeit der multiplen Krisen. Seit dem 24.02.2022 ist Frieden in
- 2 Europa kein Normalzustand mehr. Der aggressive Angriffskrieg von Russland gegen
- die Ukraine bedeutet eine Zeitenwende in Europa und Deutschland, mit
- weitreichenden Konsequenzen auf unser aller Leben, auf alle Felder der Politik.
- 5 Es braucht eine neue Sicherheitsarchitektur, die die Verteidigungs- und
- 6 Aussenpolitik ebenso umfasst, wie die Landwirtschafts, Energie- und
- 7 Wirtschaftpolitik.

18

20

- 8 Gleichzeitig ist die Corona-Pandemie nicht vorbei, so sehr wir uns das alle
- 9 wünschen würden. Die Expert*innen sind sich weitgehend einig, dass spätestens im
- Herbst die Gefahren durch das mutierende Virus wieder ansteigen. Indizien dafür
- gibt es bereits jetzt. Hier müssen wir verhältnismäßige, wirksame Werkzeuge
- rechtzeitig zur Verfügung stellen, um keine Verschärfung der Krise herauf zu
- beschwören. Wir müssen dabei mit Widerstand anderer Parteien in Land und Bund
- rechnen. Und diese aktuellen Krisen finden auf dem Hintergrund der durch uns
- 15 Menschen verursachte Klimakrise und dem Artensterben statt, die manchmal kaum
- merklich, aber unaufhaltsam dabei sind, die Lebensgrundlage auf unserem Planeten
- 17 unwiederbringlich zu zerstören.

Seit dem 24.02. stehen nun alle politischen Entscheidungen unter dem Eindruck

- des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Dieser Krieg hat bereits
- 21 tausende Tote gefordert, Millionen müssen vor Tod und Folter aus ihrer Heimat
- 22 fliehen, ein Ende ist nicht abzusehen. Er stellt einen eklatanten Bruch des
- 23 Völkerrechts dar, ist ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht, auf die
- ²⁴ Demokratie und auf die Menschenrechte. Die Kriegsverbrechen von Butscha und
- 25 Irpin beweisen, wie brutal, rücksichtlos und maßlos Putin seinen völkisch-
- 26 faschistischen Imperialismus durchsetzen will. Der Ukraine muss deshalb jede
- 27 Hilfe zur Selbstverteidigung ermöglicht werden. Wir unterstützen deshalb
- ausdrücklich die klare, werteorientierte und bündnisorientierte Außenpolitik von
- 29 Annalena Baerbock ebenso wie die umfassenden Wirtschafts- und Finanzsanktionen
- 30 gegen Russland. Wir unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung, allen voran
- von Robert Habeck, möglichst schnell unabhängig von Kohle, Öl und Gas aus
- 32 Russland zu werden und die Energiewende unter Hochdruck voranzutreiben. Wir
- können es uns nicht erlauben, uns wieder von den fossilen Rohstoffimporten
- 34 anderer Länder abhängig zu machen. Außerdem unterstützen wir alle Mittel für
- 35 humanitäre Hilfe vor Ort. Der Krieg wird aber nicht nur gegen die Ukraine
- 36 geführt, er ist auch ein Krieg gegen die Länder dieser Welt, die auf
- Lebensmittelimporte angewiesen sind. Auch hier unterstützen wir ausdrücklich die
- Bemühungen von Umweltministerin Steffi Lemke und Landwirtschaftsminister Cem

Özdemir internationale Koalitionen zur Bekämpfung der entstehenden Hungerkrise zu schmieden und die europäische Lebensmittelpolitik an den Engpässen durch den 40 Nahrungskrieg von Putin auszurichten und dabei vor allem auch die materiell 41 weniger wohlhabenden Länder mitzudenken. 42

44

Waffenlieferung ohne Aufrüstungsspirale

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind in Thüringen die Partei, die aus der Umwelt- und Friedensbewegung der DDR und aus den Bürgerbewegungen der friedlichen Revolution 46 entstand. Dabei stand der Gedanke einer aktiven Friedenspolitik im Zentrum, die 47 das Ziel einer (Atom-)waffenfreien Welt im Blick hat . Die Entscheidung nun in 48 eine Krisenregion Waffen aller Art zu schicken, stellt uns vor schwierige 49 Abwägungen. Auch wenn wir angesichts der Lage in der Ukraine mehrheitlich zu dieser Entscheidung gelangen, stellt es für viele von uns eine Zumutung dar. 51 Klar ist, dass wir diese Situation keinesfalls als Blaupause verstehen, um eine 52 Abkehr von unserer bisherigen Friedenspolitik einzuleiten. Vielmehr wird gerade 53 jetzt klar, wie wichtig eine wertegeleitete, weitsichtige, nicht nur an Handels-54 und Territorialinteressen orientierte Außenpolitik ist. Und wir wissen welch 55 wichtigen Anteil für Friedensprozesse der Pazifismus in seinen verschiedenen 56 Erscheinungsformen spielt. Deutlich wird auch, dass die Vernachlässigung von kluger Abrüstungspolitik bei nachlassender Wehrhaftigkeit unserer Bündnisse 58 keine guten Ergebnisse bringen. So stehen wir dazu der Ukraine all das zu 59 liefern, was sie braucht, um ihr Land effektiv zu verteidigen. Die Situation ist 60 im Gegensatz zu den meisten Konflikten klar und eindeutig: die militärische 61 Großmacht Russland überfällt, getrieben von einer imperialistischen nationalistischen Ideologie völkerrechtswidrig einen kleineren Nachbarn mit dem 63 erklärten Ziel, dessen Existenz auszulöschen. Die Ukraine als souveräner, 64 demokratischer Staat nimmt lediglich ihr Selbstverteidigungsrecht wahr. Ein 65 Ausbleiben der Unterstützung würde global einen gefährlichen Präzedenzfall 66 schaffen, der völkerrechtliche Prinzipien aushebelt und anderen Großmächten als Vorbild dienen kann, in ein anderes schwächeres Land einzumarschieren. Für die Sicherheitslage in Europa wäre überdies ein russischer Sieg in diesem Krieg 69 fatal. 70

71

Auf der anderen Seite ist jedoch klar, dass es nicht zu einer 72 Aufrüstungsspirale, kommen darf. Deshalb stehen wir dem 100MRD Sondervermögen 73 kritisch gegenüber. Wir müssen zwar feststellen, dass die Bundeswehr, die in der Lage sein muss ihren Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung wahrzunehmen, 75 in einem miserablen Zustand ist . Die Vergangenheit zeigt allerdings , dass 76 pauschale Geldbeträge nicht weiterhelfen. Die Finanzierung der Bundeswehr ist in 77 den letzten Jahren schon massiv gestiegen. Deutschland gibt bereits jetzt im 78 internationalen und europäischen Vergleich enorme Summen für Rüstung aus. Eine deutliche Verbesserung der Bundeswehr, der Ausstattung und der 80 Handlungsfähigkeit blieb allerdings aus. Es muss daher sichergestellt werden, 81 dass weder das Sondervermögen noch ein höherer Wehretat in komplizierten 82 Beschaffungssystemen oder teuren Beraterverträgen versickert. Daher müssen 83 zuerst die Beschaffungsstrukturen der Bundeswehr massiv reformiert werden. Für 84 die nötigen Investitionen braucht es einen dezidierten mit den europäischen 85 Partnern gut abgestimmten Plan, um die notwendige Ausrüstung klug anzugehen. Außerdem muss dringend mehr Geld in Katastrophenschutz und Cybersicherheit 87 geben. Sie sind bei der notwendigen Ausgestaltung der Landesverteidigung 88 essenziell.

Solidarität mit den Geflüchteten - Integration jetzt vorantreiben

Etwa 17.000 Menschen aus der Ukraine haben bis Mitte Mai in Thüringen Zuflucht 92 gefunden, größtenteils Ältere, Frauen und Kinder, und es ist wahrscheinlich, 93 dass es noch deutlich mehr werden. Die von Anfang an große Hilfsbereitschaft der Thüringerinnen und Thüringer war und ist überwältigend. 95

91

Doch leider stellen wir fest, dass die Hilfsbereitschaft nicht allen 97 Geflüchteten gegenüber gleich groß ist. 98

Bundestag und Bundesrat haben für alle ukrainischen Geflüchteten den Wechsel vom Asylbewerberleistungsgesetz in das Sozialgesetzbuch beschlossen. Das ist ein 100 wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Er darf aber nicht zu geflüchteten 101 Menschen 1. oder 2. Ordnung führen. Geflüchtete aus anderen Ländern haben immer 102 wieder mit starken alltäglichen Rassismen, geringerer finanzieller Unterstützung 103 und höheren Hürden beispielsweise bei der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse zu 104 kämpfen. Dabei verdienen alle Geflüchteten gleichermaßen bestmögliche 105

Unterstützung. 106

Das Ziel muss sein, die Großzügigkeit im behördlichen Umgang mit den 107 Ukrainegeflüchteten auf alle Geflüchteten auszuweiten und schnelle, dezentrale 108 Unterbringung, sofortige Arbeitserlaubnis und Bildungs- und Integrationsangebote 109 von Anfang anfür alle zu ermöglichen. Darum unterstützen wir im ersten Schritt 110 die Einführung des Chancen-Aufenthaltsrechtes, wie wir es im Ampel-111 Koalitionsvertrag festgelegt haben. 112

Durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land, Kommunen und Ehrenamtlichen sind

114

viele ukrainische Geflüchtete inzwischen gut in Thüringen angekommen. Das wurde 115 auch durch den Strukturaufbau aufgrund der Erfahrungen der Jahre 2014/2015 116 möglich. Leider zeigt sich jetzt aber, dass die Kommunen noch nicht ausreichend 117 darauf vorbereitet sind, in kurzer Zeit viele Geflüchtete aufzunehmen. Mehr als die Hälfte der ukrainischen Geflüchteten sind bei Verwandten, Freunden oder bei 119 Privatpersonen untergekommen. An vielen Orten kümmern sich Ehrenamtliche, 120 Landsleute, Tafeln, zivilgesellschaftliche Initiativen, Religionsgemeinschaften 121 oder Vereine um die Lebensmittelversorgung, die Vermittlung von Wohnraum, die 122 Beschaffung wichtiger Medikamente oder das Dolmetschen bei Behördengängen. Die 123 Ehrenamtlichen haben damit vor allem in den ersten Wochen bei der Aufnahme und 124 Versorgung von Geflüchteten einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Ehrenamtliches 125 Engagement kann dabei staatliche Strukturen immer nur unterstützen, nicht aber 126 ersetzen. Daher müssen wir nun alles daran setzen, die ehrenamtliche Arbeit mit 127 den Geflüchteten finanziell besser zu unterstützen und in möglichst 128 professionelle Strukturen zu überführen. Wir müssen die Kommunen durch 129 langfristige und konzeptgeleitete Förderung befähigen auf besondere Ankunftsgeschehen reagieren zu können. Kommunen müssen sich vor dem Hintergrund 131 der aktuellen Erfahrungen fit machen, um in Zukunft auf hohe Zahlen von 132 Geflüchteten besser vorbereitet zu sein. So braucht es Notfallpläne für große 133 Fluchtbewegungen, schnellere Registrierungsverfahren, kommunale 134 Integrationskonzepte, ausreichend Personal in den Verwaltungen und kurzfristig 135 einzusetzende Freiwilligen- und Ehrenamtskoordinator*innen. 136

138

139

Niemand kann derzeit sagen, wie lange die ukrainischen Geflüchteten bei uns bleiben werden. Trotzdem müssen nun die Bemühungen darauf fokussiert sein, die Integration voranzubringen. Der Bund ist seinerseits aufgefordert, die Länder

und Kommunen verlässlich finanziell zu unterstützen und die Mittel für die Integrationskurse, die Migrationsberatung aber auch die psychosoziale Beratung deutlich auszubauen. Darüberhinaus sind die vielen Integrationsangebote der vielfältigen Trägerlandschaft im Land wichtig. Sie brauchen dringend Sicherheit für die Finanzierung ihrer Projekte. Diese wird durch die von der CDU erzwungene globale Minderausgabe erschwert. Der Migrationsetat des Landes muss daher in der aktuellen Situation durch ein Sondervermögen gestärkt werden. Durch ein Integrationsfördergesetz wollen wir die Finanzierung dieser Projekte langfristig sicherstellen.

Vor allem die ukrainischen Kinder und Jugendliche müssen nun zur Integration schnell in die Kindergärten und Schulen aufgenommen werden. Das stellt die Kommunen vor besondere Herausforderungen, die vielerorts schon volle Schulen und Kindergärten haben. Es braucht dazu eine Ausweitung der Rahmenkapazitäten der Kindergärten und zusätzliches Personal. Die Sprachförderung in "Deutsch als Zweitsprache" und die muttersprachliche Bildung müssen ausgebaut werden. Gleichzeitig gilt es, durch vereinfachte Anerkennungsverfahren den Einsatz ukrainischer Erzieher*innen und Lehrkräfte einfacher zu ermöglichen. Den ukrainischen Kindern und Jugendlichen soll zudem die Gelegenheit gegeben werden, ergänzend am ukrainischen Onlineunterricht teilzunehmen.

Migration, Integration und die Aufnahme von Geflüchteten ist kein temporäres Projekt, sondern in einer globalisierten Welt eine Daueraufgabe. Um dieser Aufgabe zukunftsorientiert in hoher Qualität gerecht zu werden braucht Thüringen ein eigenes Landesamt für Migration, das dem fachlich zuständigen Ministerium zugeordnet ist. Wir wollen die rechtlichen, personellen und sächlichen Grundlagen für dieses Amt schaffen. Dann können auch die dringend nötigen Verbesserungen in den Erstaufnahmestellen des Landes ermöglicht werden.

Energiewende bedeutet Energiesicherheit

Der Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Implikationen hat eine Bewusstsein für die Notwendigkeit einer schnellen Energiewende geschaffen. Aber auch der neueste IPCC-Report sagt für Thüringen massive Auswirkungen der Klimakrise vorher, u. a. Trockenheit, Hitzewellen und Ernteausfälle, welche die Wasser- und Nahrungsmittelversorgung bedrohen - wir brauchen eine sichere, günstige und saubere Energieversorgung! Deshalb müssen und wollen wir eine Aufbruchstimmung erzeugen! Zusammen mit dem Handwerk und der Industrie, zusammen mit den Kommunen, Stadtwerken und Bürgerinitiativen wollen wir Initiativen zur schnelleren Umsetzung der Energiewende entwickeln. Dazu ist eine sofortige, stärkere und dauerhafte Schwerpunktsetzung im Landeshaushalt auf Energiewende, Energieeffizienz und Klimaschutz dringend notwendig.

Es rächt sich, dass die Große Koalition Deutschland ohne Not immer weiter in eine energiepolitische Abhängigkeit von Russland getrieben haben. Bündnis90/die Grünen haben fortlaufend vor dieser Entwicklung gewarnt, haben Nordstream II nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch wegen der geostrategischen Gefahr entschieden abgelehnt.

Treiber der hohen Preise in allen Bereichen, auch in der Nahrungsmittelindustrie sind die teuren fossilen Energien, ist die fossile Inflation. Sie belastet vor allem Menschen mit geringem Einkommen. Durch die Abhängigkeit von Russland,

```
künstliche Verknappung durch fossile Konzerne und Spekulationen schießen die Preise in die Höhe. Sie sorgen für Rekordgewinne bei Öl-, Gas- und Kohlekonzernen und finanzieren zusätzlich unerträglicherweise Putins Krieg. Die Folgen dieser fehlgeleiteten Politik, die Folgen des Energiekrieges und des Nahrungsmittelkrieges sind auch sehr deutlich in Thüringen zu spüren.
```

Deshalb gilt es, Importmengen fossiler Energieträger besonders aus russischen
Quellen so schnell wie möglich durch andere Importquellen zu ersetzen bzw. den
Verbrauch zu reduzieren, sowie Sondergewinnsteuern auf die Krisenprofite der
fossilen Wirtschaft einzuführen, mit denen eine echte Entlastung der
Bürger*innen finanziert werden kann. Mittel- und langfristig aber muss alle
Energie aus erneuerbaren Quellen, wie Sonne, Wind und Wasser gewonnen werden.
Thüringen zahlt jedes Jahr 2 Mrd. Euro für ausländische Energieimporte, die viel
besser in regionale Wertschöpfungsketten investiert wären.

Der Bund legt jetzt den Hebel um, so dass wir auch in Thüringen bessere Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren haben.

Das Osterpaket verankert den Grundsatz, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient, und macht es für Bürgerenergiegemeinschaften einfacher und unbürokratischer, Wind- und Solaranlagen zu bauen und profitabel zu bewirtschaften (Akzeptanz). Außerdem weitet es die finanzielle Beteiligung von Kommunen so aus, dass Windenergie- und Solaranlagen den Gemeindekassen nachhaltige Erträge bringen.

Hemmnisse für den Ausbau von Sonnen- und Windstrom werden abgebaut. Mieterstrom wird begünstigt, die Einspeisevergütung wieder attraktiver und die Industrie bei der Transformation hin zur Klimaneutralität massiv unterstützt.

Unternehmen wie die Glasindustrie in Südthüringen drängen zu Recht auf den schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Sie wollen die Weichen besser heute als morgen auf Klimaneutralität stellen. Allein bei der Südthüringer Glasindustrie sind 7.000 Menschen beschäftigt. Ihre Arbeitsplätze hängen davon ab, ob es uns gelingt, die notwendige Transformation voranzubringen. Der Ausbau der Erneuerbaren schafft Arbeitsplätze und bringt Wertschöpfung in die Regionen. Erneuerbare Energien sind längst ein Standortvorteil. Genauso kommt es auf Energieeffizienz und intelligente Energienutzung an. Beispielsweise könnte das Stahlwerk Unterwellenborn künftig Abwärme für tausende Haushalte bereitstellen.

Weg vom Erdgas

Erdgas deckt ca. 26 Prozent des kompletten Energiebedarfs in Deutschland. Nahezu die gesamte verbrauchte Erdgasmenge in Deutschland wird importiert, davon derzeit immer noch 40 Prozent aus Russland. Eine schnelle Diversifizierung der Gasversorgung ist notwendig. Dazu braucht es eine gezielte gemeinsame Anstrengung der europäischen Gemeinschaft. Wir sehen die derzeitigen Anstrengungen sofort LNG-Terminals in Deutschland zu errichten sehr kritisch, erkennen jedoch an, dass diese notwendig sind, um der Abhängigkeit von russischem Erdgas zu entkommen. Sie müssen jedoch H2-ready konstruiert sein, sodass die Umstellung auf grünen Wasserstoff einfach möglich ist, um bis spätestens 2035 vollständig aus der Nutzung von fossilem Gas auszusteigen. Der Aufbau neuer Gasinfrastrukturen darf auf keinen Fall dazu führen, dass neue langfristige Importabhängigkeiten von fossilen Rohstoffen geschaffen werden.

Biogas sollte, auch wenn es in Thüringen schon weitgehend ausgereizt ist, dennoch aufmerksam evaluiert werden. Wir begrüßen es, dass tagesaktuell branchenbezogene Analysen zu den Auswirkungen der aktuellen Lage am Gasmarkt auf Thüringer Unternehmen sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge erarbeitet werden. Für einen regionalen Ausgleich bei möglichen Engpässen halten wir kontinuierliche Energiedialoge und Notfallpläne für sinnvoll.

250 251

243

244

245

246

248

249

Weg vom Öl

252 253 254

255

256

258

259

260

261

262

263

265

266

267

268

270

271

272

273

274

275

277

278

279

280

Dank der Anstrengungen von Bundeswirtschaftminister Robert Habeck ist die Importabhängigkeit in kürzester Zeit von russischem Öl von 35% auf nunmehr 12% gesunken. Wir begrüßen den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Importstopp. Gerade vor dem Hintergrund der stark von russischen Öllieferungen abhängige Wirtschaft Thüringens unterstützen wir die aktuellen Bemühungen der Bundesregierung um alternative Lieferbeziehungen, etwa über die Häfen Rostock und Gdańsk/Danzig. Zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs setzen wir uns für ein Tempolimit, autofreie Tage sowie die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs auf fossil angetriebene Fahrzeuge ein. Der private und öffentliche Fahrzeugbestand muss zügig weiter elektrifiziert und das Angebot insbesondere im ländlichen Raum durch bessere Taktungen (Mibilitätsgarantie) ausgebaut werden. Das 9-Euro-Ticket sollte schnell evaluiert und möglichst verstetigt werden. Zur Steigerung der Attraktivität des Radverkehrs sollten schnell und unbürokratisch neue Radwege und -streifen errichtet und Bike-and-Ride-Stellplätze an den Bahnhöfen und Haltepunkten eingerichtet werden. Bei finanziellen Unterstützungsmaßnahmen für Privathaushalte ist vor allem auf eine zielgerichtete Entlastung niedriger Einkommen durch zu achten. Finanzielle Hilfen nach dem Gießkannenprinzip halten wir hingegen für falsch. Einsparungen und Effizienzsteigerung haben ein noch immer ungeheures Potential. Die Förderung von Initiativen zur Steigerung der Energieeffizienz in Unternehmen, beispielsweise durch Einführung von Energiemanagementsystemen, wollen wir verstärken. Besonderes Potenzial hinsichtlich der Einspar- und Effizienzeffekte haben auch gesetzliche Anpassungen im Gebäudesektor. Die Mindeststandards im Gebäudebestand und im Neubau sowie die Anforderungen an die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung müssen mit dem 1,5-Grad-Pfad in Einklang gebracht werden. Ebenso müssen energetische Sanierungen von Bestandsgebäuden und der Einbau von Wärmepumpen stärker finanziell gefördert werden, im Zweifel auch durch eine entsprechende Erweiterung des Landesförderprogramms Wärmelnvest. All diese Maßnahmen müssen mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen flankiert werden.

282 283 284

Hin zu Erneuerbaren Energien

285 286

287

288 289

291

Wir unterstützen die von der Bundesregierung formulierten Ausbauziele und wollen auch in Thüringen die davon abgeleiteten Flächenziele für Erneuerbare Energien umsetzen. Dies ist zur Standortsicherung der Thüringer Industrie unerlässlich.

- Windkraft -290

292

Die Windkraft macht uns unabhängiger von Energieimporten und steigert die Versorgungssicherheit Thüringens, Sie liefert in Thüringen günstig und umweltfreundlich Energie, schafft vor Ort Arbeitsplätze, Wertschöpfung und

Infrastruktur. Sie lässt sich über Wärmepumpen, Straßenbahnen, Züge und E-Busse auch zum Heizen und im Verkehr nutzen. Sie bringt z.B. über die Flächenpacht, die Gewerbesteuer oder direkte Zahlungen der Betreiber nach dem EEG Einnahmen für die kommunalen Haushalte, kann mit Bürgerbeteiligung ausgebaut werden, ist rückstandslos rückbaubar und erzeugt keine Altlasten.

Der Windenergieausbau kommt aber bisher in Thüringen nicht voran, weil zu wenige Flächen bereitgestellt werden. Dabei gibt es noch viele geeignete Standorte, an denen Windenergieanlagen natur- und sozialverträglich errichtet werden können. Eine "Verhinderungsplanung" kann sich Thüringen finanziell und ökologisch nicht länger leisten.

Deshalb fordern wir die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie in allen Regionalplänen analog zur neuen bundeslandsspezifischen Flächenzielsetzung in Sommerpaket und die Abschaffung aller pauschalen Mindestabstände zu Windenergieanlagen.

Wir brauchen das Bekenntnis der Landkreise zum Bau neuer Windenergieanlagen, zum
 und Kommunen zur Unterstützung bei der Errichtung neuer Windkraftanlagen und
 Repowering von Windenergieanlagen an alten Standorten – zur Verantwortung für
 die Daseinsvorsorge in Thüringen.

Wir Unterstützung besonders von Bürgerwindparks sowie solcher Projektierer, die nach dem Siegel "Faire Windenergie Thüringen" arbeiten, eine stärkere Einbindung der Bürger*innen bei der Planung neuer Windkraftstandorte bringt mehr Erkenntnisse, stärkt die Demokratie und beschleunigt die Fertigstellung.

Wir brauchen das Bekenntnis der Landkreise und Kommunen zur Unterstützung bei der Errichtung neuer Windkraftanlagen und Repowering von Windenergieanlagen an alten Standorten – zur Verantwortung für die Daseinsvorsorge in Thüringen. Wir unterstützen besonders Bürgerwindparks sowie solche Projektierer, die nach dem Siegel "Faire Windenergie Thüringen" arbeiten. Eine stärkere Einbindung der Bürger*innen vor Ort bei der Planung neuer Windkraftstandorte verbessert die Akzeptanz, stärkt die Demokratie und beschleunigt die Fertigstellung.

Der Thüringer Wald ist krank, darunter leiden die Artenvielfalt und das Binnenklima. Der Wald als wichtiger CO2 Speicher fällt mehr und mehr aus. Auch die Forst- und Holzindustrie gerät dadurch in enorme Schwierigkeiten. Der Umbau des Waldes hin zur Klimaresilienz ist eine Generationenaufgabe. Der gezielte und kluge Ausbau von Windkraftanlagen im Wald kann helfen die ökonomischen Folgen für die Waldbesitzer abzufedern und zur Energiewende beizutragen. Deshalb ist das Verbot von Windenergieanlgen im Wald für die heimische Wirtschaft, für den Wald selbst äussert schädlich und gehört sofort abgeschafft.

- Photovoltaik -

313

325

327

328

329

330

332

333 334

335 336

Die schnelle Abrufung von Solarinvest zeigt wie groß das Potenzial für
Solaranlagen in Thüringen ist. Deshalb wollen wir die Förderung weiterentwickeln
und das Solardach zum neuen Standard machen. Die Kommunen und kommunalen
Unternehmen, aber auch die Landesregierung mit ihrer Vorbildwirkung sollen
vorangehen und schnell Solaranlagen auf allen verfügbaren Dächern zu
installieren. Außerdem braucht es einen konstruktiven Dialog mit dem
Denkmalschutz. Mit gutem Willen und Fantasie können so aus Gegenspieler*innen
Partner*innen werden. Auch die ungenutzten Potentiale von Flächen wie

Randstreifen von Straßen, Parkplätzen, Deponien und unproduktiver Grünfläche sollen vermehrt genutzt werden.

- Energiewende ist dezentral -

Die Wärmewende ist ein nicht zu unterschätzender Baustein hin zur Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern. Hier sind vor allem die Stadtwerke im Land gefragt, die Wärmeversorgung umzustellen und stärker auf Biomasseanlagen, industrielle Abwärme, Solarthermie und Geothermie zu setzen. Kommunen wollen wir stärker darin unterstützen, lokale Wärmeanalysen und darauf aufbauend Wärmekonzepte zu erstellen und damit den Schritt Richtung erneuerbare Wärmeversorgung zu machen.

Wir brauchen schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dringend notwendig ist ein effizienteres Planungs- und Genehmigungsrecht, das den Bau von Erneuerbare-Energien-Anlagen deutlich beschleunigt.

Bei schnelleren Genehmigungsverfahren muss konsequenterweise auch der notwendige Ausbau der Netze (Übertragungs- und Verteilnetz) mit unterstützt werden. Letztere stoßen zunehmend an die Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit. Sie müssen grundlegend um- und ausgebaut werden, damit EE-Anlagen auch ans Netz angeschlossen werden können. Gerade für die östlichen Bundesländer ist außerdem wichtig, an das Europäische Wasserstoffnetz angeschlossen zu werden.

Um den Turbo zu zünden, brauchen wir spürbar bessere Rahmenbedingungen: vor allem Flächen. Damit wir in den Ländern loslegen können, brauchen wir schnellstmöglich die Novellierung des Baugesetzbuches, des Bundesnaturschutzgesetzes.

Es braucht eine leistungsfähige Verwaltung, die nur dann Planungsbeschleunigung insb. für Windanlagen erfolgreich wird umsetzen können, wenn Verfahren zügig digitalisiert, Personal im TMUEN aufgestockt und die Genehmigungspraxis von der unteren Ebene auf die Ebene oberer Landesbehörden (z.B. TLUBN) hoch gezogen wird.

Das Ziel, zwei Prozent der Fläche in Deutschland für Windräder zu nutzen, muss gerecht unter den Bundesländern aufgeteilt werden. Mit bundesweiten Standards würden für alle die gleichen Regeln gelten. Das stärkt die Akzeptanz und beschleunigt den naturverträglichen Ausbau.

Der Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Implikationen hat ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer schnellen Energiewende geschaffen. Aber auch der neueste IPCC-Report sagt für Thüringen massive Auswirkungen der Klimakrise vorher, u.a. Trockenheit, Hitzewellen und Ernteausfälle, welche die Wasser- und Nahrungsmittelversorgung bedrohen - wir brauchen eine sichere, günstige und saubere Energieversorgung!

Deshalb müssen und wollen wir eine Aufbruchstimmung erzeugen! Zusammen mit dem Handwerk und der Industrie, zusammen mit den Kommunen, Stadtwerken und Bürgerinitiativen wollen wir Initiativen zur schnelleren Umsetzung der Energiewende entwickeln.